

Nachrichten aus Brüssel

Mundgesundheit für alle

Der Council of European Dentists (CED), der Dachverband der europäischen Zahnärzte, veranstaltete Ende Juni im Europäischen Parlament in Brüssel eine halbtägige Konferenz unter dem Titel „Gesundheitliche Ungleichheiten – Mundgesundheit für alle“. Schirmherrin war die irische Europaabgeordnete Nessa Childers. Ziel der Veranstaltung, an der Vertreter des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission sowie vieler nationaler und europäischer Gesundheitsverbände teilnahmen, war es, die Bedeutung der Mundgesundheit für die Allgemeingesundheit hervorzuheben. Gleichzeitig sollte vor allem das Bewusstsein geweckt werden, dass sich noch immer viele Menschen in der Europäischen Union keinen Zugang zu einer angemessenen zahnmedizinischen Versorgung leisten können. Anhand zahlreicher Vorträge und Patientenaussagen wurde auf eindringliche Weise gezeigt, welche Auswirkungen eine fehlende zahnmedizinische Versorgung auf die Lebensqualität und Gesundheit der Betroffenen hat. Nessa Childers forderte vor diesem Hintergrund einen besseren Zugang von schutzbedürftigen und einkommensschwachen Gruppen zur zahnmedizinischen Versorgung. Aus ihrer Sicht kommt es vor allem darauf an, den Zugang zu Leistungen der zahnmedizinischen Prävention sicherzustellen. CED-Präsident Marco Landi mahnte ein gemeinsames Vorgehen aller Beteiligten an.

Keine schnelle Einigung

Ende Juni fand in Luxemburg das halbjährliche Treffen der europäischen Gesundheitsminister statt. Schwerpunkte der Beratungen waren eine Aussprache über die Zukunft der Gesundheit in der Europäischen Union sowie der im Januar 2018 veröffentlichte Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission über die Bewertung von Gesundheitstechnologien (Health Technology Assessment/HTA). Der Kommissionsvorschlag sieht die Schaffung eines einheitlichen europäischen Systems der Nutzenbewertung neuer Medikamente und

Medizinprodukte vor. Wesentlicher Streitpunkt unter den Gesundheitsministern ist aktuell die Frage, ob das geplante europäische HTA-Bewertungssystem verbindlich sein sollte oder nicht. Eine verbindliche Lösung wird vor allem von Deutschland und anderen größeren EU-Mitgliedsstaaten ausgesprochen kritisch gesehen, weil dadurch die bestehenden nationalen HTA-Systeme ausgehebelt werden könnten. Dagegen hatten zu Jahresbeginn viele kleinere EU-Mitgliedsstaaten eine europäische Lösung mangels eigener HTA-Kapazitäten begrüßt. Die Aussprache in Luxemburg zeigte nun, dass die Zweifel am Kommissionsvorschlag im Kreise der EU-Mitgliedsstaaten gewachsen sind. Nach Feststellung der Ratspräsidentschaft stößt ein freiwilliger HTA-Ansatz, der den EU-Staaten mehr Flexibilität lässt, auf erkennbar größere Zustimmung im Rat als verbindliche europäische Regeln. Damit rückt ein schneller Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens vor der Europawahl im Mai 2019 in weite Ferne. Beobachter rechnen sogar damit, dass es erst unter deutscher Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 zu einem Ende der Beratungen mit dem Europäischen Parlament kommen könnte.

Österreich übernimmt Vorsitz

Am 1. Juli 2018 hat das Nachbarland Österreich für ein halbes Jahr den Ratsvorsitz in der Europäischen Union übernommen. Es ist nach 1998 und 2006 das dritte Mal, dass die Alpenrepublik die Ratspräsidentschaft innehat. Das Motto des österreichischen EU-Ratsvorsitzes lautet: „Ein Europa, das schützt“. Die Prioritäten des österreichischen Ratsprogramms sind der Kampf gegen illegale Migration, die Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit Europas durch die Digitalisierung sowie die Heranführung des Westbalkans an die EU. Aus Sicht der Österreicher sind zudem der Abschluss der Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sowie die Verhandlungen zum „Mehrjährigen Finanzrahmen“ von 2021 bis 2027 die beiden wichtigsten laufenden EU-Vorhaben.